

## WEIHNACHTSZEIT IN ZEITEN DER INFLATION



„HÄTTE WIR DOCH DAS  
TEURE KRAFTFUTTER KAUFEN SOLLN,  
DANN WÜRDEN DIE RENTIERE  
NICHT STREIKEN.“

„DAS IST SO TEUER GEWORDEN,  
DAS HÄTTE WIR UNS NIE LEISTEN KÖNNEN.  
GOTTSEIDANK FALLEN IN DIESEM JAHR  
DIE GESCHENKE DURCH DIE INFLATION  
NICHT SO GROSS AUS!“

<b>Editorial</b>	<b>4</b>	Triage-Gesetz: NETZWERK ARTIKEL 3 entzaubert Mythen _____	28
<b>Rückblick auf ein schlimmes Jahr 2022</b>	<b>5</b>	<b>Assistenz im Krankenhaus</b>	
<b>Der Unfall am sechsten Tag</b>	<b>7</b>	VdK: Kosten für Begleitung im Krankenhaus erstatten _____	29
<b>Politik International</b>		Kosten für Begleitung im Krankenhaus werden ab 1. November erstattet _____	30
Dänemark: Schon damals ein Vorbild in Sachen Persönlicher Assistenz _____	9	Assistenz im Krankenhaus: SoVD fordert Nachbesserung für pflegende Angehörige _____	31
Europäisches Netzwerk fordert Persönliche Assistenz statt Heim _____	9	Familienratgeber zu Menschen mit Behinderung im Krankenhaus _____	31
<b>Bundes-Politik</b>		<b>Weitere Nachrichten zum Thema Behinderung</b>	
Barrierefreie Umwelt – was braucht es dafür vom Bund? _____	10	Pflege zu Hause eindeutig bevorzugt _____	32
Konkrete Zeitpläne für behindertenpolitische Maßnahmen gefordert _____	11	Schallende Ohrfeige für alle pflegenden Angehörigen _____	32
ISL-Podcast zur Schlichtungsstelle für das Behindertengleichstellungsgesetz _____	12	Trauer um Dr. Ilja Seifert _____	33
Platz zwei belegen die Behinderten _____	12	Bundesverdienstkreuz für Ottmar Miles-Paul _____	34
<b>Landes-Politik</b>		Michael Knuffmann verstorben _____	35
Saarland: Kritik am saarländischen Aktionsplan _____	14	Erste Bilanz des ABiD-Sozialberaters _____	35
Nordrhein-Westfalen: Eltern mit Behinderung: NRW-Ministerin Paul will im Austausch bleiben _____	14	Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner ist verstorben _____	36
Baden-Württemberg: Simone Fischer ein Jahr im Amt als Landesbehindertenbeauftragte _____	15	Hilfe bei einer Katastrophe – Menschen mit Einschränkungen können sich registrieren _____	37
Bremen: Broschüre: Reise durch Bremisches Behindertengleichstellungsgesetz _____	16	Notfall – Feuer, Wasser oder BlackOut und man ist behindert – was nun? _____	37
<b>Persönliche Assistenz</b>		Frau mit Behinderung kämpft um ein Pflegekind _____	40
Die Personalfindung im Arbeitgebermodell und die Krise _____	17	<b>Recht und Gesetz</b>	
<b>Intensiv- und Rehabilitationsstärkungsgesetz - GKV - IPREG</b>		Nötige Novellierung des Arbeitszeitgesetzes _____	40
Ich weiß, was gut für mich ist! _____	18	Newsticker zu sozialrechtlichen Nachrichten _____	43
Petitionsausschuss fordert enge Begleitung bei Umsetzung des Intensivpflegestärkungsgesetzes _____	20	<b>Literaturtipps</b>	
Intensivpflege: Nicht vom Abitur ins Pflegeheim _____	20	Ratgeber für behinderte Arbeitgeber*innen und solche, die es werden wollen _____	43
Grundrechte zur Disposition gestellt _____	23	Neuer Wegweiser der BAR zu Rehabilitation und Teilhabe _____	44
Übergangsregelungen bei außerklinischer Intensivpflege angepasst _____	23	<b>ForseA intern</b>	
IPReG – Mehr Fragen als Antworten _____	24	Beitragsabbuchung _____	44
<b>Triage</b>		eMail-Adressen _____	44
Gesetzentwurf für Triage: Wer wird gerettet? Wer nicht? _____	27	Wir begrüßen als neue Mitglieder _____	45
Triage-Gesetzgebung braucht breite parlamentarische Debatte _____	27	Post-Adressen _____	45
		Impressum _____	45
		Hier wohnen unsere Mitglieder _____	46
		Satzung _____	47
		Beitrittserklärung _____	49





Gerhard Bartz © privat

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde unseres Vereines,

schon wieder ist ein Jahr nahe am Ablaufdatum. Und was war das für ein Jahr? Corona, Russlands Überfall auf die Ukraine, eine Fußballweltmeisterschaft, Preissteigerungen ohne Ende, der fortschreitende Klimawandel und eine Regierung, die permanent gejagt wird und kaum zum Regieren kommt. Und dann noch die seltsam anmutenden Gestalten auf der Straße, die für ihre Freiheit demonstrieren. Dabei könnten sie freier nicht sein. Manche sind in meinen Augen zu frei, bzw. nehmen sich viel zu viel Freiheiten heraus. Besonders deutlich wird das täglich in den „sozialen Medien“. Insoweit wäre es direkt hilfreich, wenn Musk Twitter tatsächlich in den Sand setzen würde. Ist es doch ein Hochamt für alle Krakeeler dieser Welt und für die, die sich kurz einer Pflicht entledigen wollen. Ich könnte beispielsweise jedes Mal Zustände bekommen, wenn ich lese, dass der Bundeskanzler den Hinterbliebenen via Twitter seine Anteilnahme übermittelte.

In diesem Jahr haben wir keine neue Weihnachtsgeschichte. Die

Mitwirkung unserer Mitglieder lässt kontinuierlich nach. Nach meinem getarnten Aufruf im letzten Heft hatte ich die leise Hoffnung, dass sich noch jemand aufrafft. Soll mir doch niemand erzählen, dass unter den immer noch fast 500 Mitgliedern kein Mensch mit einem entsprechenden Talent ist. Die Hoffnung war vergeblich. So verabschiedet man sich nach und nach aus allen Traditionen.

Breiten Raum nimmt in diesem Heft die Diskussion um die Triage-Regelungen ein. Unserer Ansicht nach kann diese nur durchführbar sein, wenn Zeit für Diskussionen vorhanden ist. An der Unfallstelle und in der Notaufnahme ist Zeit Mangelware. Dort muss von den Ärzten ad hoc die Prioritätenliste erstellt werden. Und wenn bereits jemand an einer Beatmungsmaschine hängt, ist es undenkbar, dass diese jemand anders zugeteilt wird. Denn das wäre Töten durch aktives Handeln, nicht nur durch Unterlassen. Besser wäre es, wenn unser Gesundheitswesen - nicht so auf Kante genäht - Reserven vorhalten würde. Dann müssten wir nicht die Ärzte mit dieser Entscheidung alleine lassen. Eine Entscheidung, die oftmals später in aller Ruhe gerichtlich überprüft werden muss.

Aus unserer Beratungsarbeit wissen wir, dass einige Kostenträger versuchen, die Blockarbeitszeit bei Arbeitgebermodellen nicht mehr zu genehmigen. Nun haben sie zwar sozialhilfe- und sozialversicherungsrechtlich eine Steuermöglichkeit. Arbeits-, steuer- und sozialversicherungsrechtlich unterliegen diese Arbeitgeber der Kontrolle von entsprechenden Organisationen, wie alle anderen Arbeitgeber auch. Aber sie argumentieren, sie dürften keine illegalen

Beschäftigungsverhältnisse finanzieren. Wären diese illegal, wären mit Sicherheit die zuständigen Behörden längst eingeschritten. Sind sie aber nicht. Die Kostenträger machen das – unterstellt - aus niedrigen Beweggründen. Sie lassen nichts aus, was Druck erzeugt. Dafür sind manchen alle Mittel recht. Wir haben Ende Oktober einen Brief an die behindertenpolitischen Mandatsträger der Bundestagsparteien sowie an den Beauftragten der Bundesregierung gesendet und gebeten, uns bei der Novellierung des § 18 Arbeitszeitgesetz zu unterstützen und eine ausführliche Begründung mitgeliefert. Bis heute, 06. Dezember, liegt noch keine Antwort vor.

Seit vielen Jahren sind wir in der Beratung von Menschen mit Behinderung tätig und müssen immer mal wieder feststellen, dass sich in all der Zeit in wesentlichen Bereichen wenig an der Lebenssituation von Menschen mit Assistenzbedarf geändert hat. Nachdem wir in zahllosen Texten die Situation anprangerten und nichts ausrichteten, versuchen wir es nun mit einer Glosse „Der Unfall am sechsten Tag“ (siehe Seite 7).

Im nächsten Jahr haben wir wieder Wahlen. Vor zwei Jahren hatten wir für fünf Vorstandsmitglieder fünf Kandidaten. Die Mitglieder hatten keine Wahl. Unsere Hoffnung richtet sich auf das nächste Jahr. Bitte bewerben Sie sich für den Vorstand. Gerne auch für den Vorsitzenden. Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass ForSeA eines hoffentlich noch fernen Tages nicht mit mir zusammen beerdigt werden muss. Grundkenntnisse der rechtlichen Rahmenbedingungen wären von Vorteil. Und wenn dann auch noch die Bereitschaft vorhanden ist, sich weitere Kenntnisse an-

zueignen, wäre das geradezu optimal. Es ist machbar. Ich habe selbst bei nahezu Null angefangen, als unsere Vereinsgründerin Elke Bartz 2008 plötzlich verstorben ist.

Abschließend wünschen wir Ihnen eine schöne, besinnliche Weih-

nachtszeit. Für 2023 wünschen wir Ihnen Gesundheit, ein Ende der unmenschlichen sozialen Wirkungen der Pandemie. Uns allen auf diesem Planeten endlich Frieden. Und allen, die dagegen verstoßen, harte Strafen ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Abhängigkeiten. Übrig bleibt der

Wunsch, von Assistenzproblemen aller Art verschont zu bleiben.

Herzliche Grüße



Gerhard Bartz, Vorsitzender

## Rückblick auf ein schlimmes Jahr 2022

### Rückblick auf ein schlimmes Jahr 2022

Waaas, schon wieder ein Jahr rum? Je älter ein Mensch ist, desto schneller verrinnt gefühlt die Zeit. Und wenn diese auch noch - aus behindertenpolitischer Sicht - so fortschrittslos verstreicht, wirkt das noch dramatischer. Gleichzeitig wirkt nach wie vor die coronabedingte Vereinsamung. Dazu kommen die anderen Unbilden, die Menschen mit Behinderungen natürlich ebenso betreffen. Viele dieser Menschen sind auf die Grundsicherung angewiesen und somit von der Inflation besonders heftig betroffen. Es war kein gutes Jahr für Menschen mit Behinderung. Politisch ging es rückwärts. Das Intensivpflegegesetz ist ein Lehrbeispiel für eine Politik, die links blinkt und rechts abbiegt.

Unter dem Vorwand, sich um die Pflegequalität zu sorgen, kommt das alte Begehren zum Vorschein, Menschen mit Behinderung wieder stationär unterzubringen. Den Kostenvorteil nimmt man gerne in Kauf. Der Preis, den die davon betroffenen Menschen zahlen müssen, ist dagegen entsetzlich hoch. Sie verlieren ihre Freiheit in den eigenen vier Wänden, verlieren ihre Assistenz, werden dem Medizinbetrieb ausgeliefert und fürch-

ten sich heute schon vor den Versuchen, sie von der Beatmung zu entwöhnen. Die panische Furcht vor Erstickungsanfällen während der Tests lähmt diese Menschen bereits heute. Sie haben zudem den Eindruck, dass die Solidarität der sogenannten Behindertenbewegung nicht besonders ausgeprägt ist. Das Intensivpflegegesetz wurde nahezu lautlos eingeführt. Die Durchführungsbestimmungen wurden außerhalb des Parlaments und ohne ausreichende Mitwirkung der betroffenen Menschen beschlossen. Über den derzeitigen Stand der Umsetzung gibt es Unklarheiten. Der Bundespräsident hätte es nie unterschreiben dürfen, denn es verstößt gegen unsere Verfassung, auch gegen die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen. Dort hat sich Deutschland verpflichtet, nur noch konventionskonforme Gesetze zu erlassen. Daran hat man jedoch nicht einmal im Traum gedacht.

Eine weitere offene Baustelle ist die Triageregulung, die verhindern soll, dass behinderte Menschen auf den Intensivstationen benachteiligt werden, weil Menschen ohne Behinderungen (beispielsweise bei der Zuteilung von Beatmungsgerä-



ten) bevorzugt werden. Natürlich haben Menschen mit Behinderung das gleiche (Über-)Lebensrecht wie Menschen ohne Behinderung. Und natürlich dürfen sie nicht von Beatmungsgeräten abgehängt werden, wenn diese für einen Menschen mit günstigeren Prognosen gebraucht werden. Aber ansonsten müssen sie sich den Ethikrichtlinien der Ärzte unterwerfen wie alle anderen auch. Zudem gibt es vermutlich genug Beatmungsgeräte, sie liegen sogar irgendwo auf Halde, weil in großer Stückzahl eingekauft wurden.

Das weitaus größere Problem ist das Personal. Solange Krankheit und Pflege Dividende an Investoren generieren müssen, wird dieses Problem bleiben. Krankheit und Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe wie beispielsweise THW und Feuerwehr. Dort ist man bestenfalls arbeitslose Reserve. Doch niemand stellt de-

ren Kosten zur Diskussion. Während Pflegeheime mit ihren Renditen noch immer Investoren auf den Plan locken, leiden die Insassen an dem, was die Investoren erfreut. Diese Rechnung kann gesellschaftlich nie aufgehen, zu gegensätzlich sind die Interessen. Mit der Einführung der Pflegeversicherung wurde auch noch die Pflege der Menschen akkordfähig, zu Lasten der davon betroffenen Menschen. Fortan galt es, das pflegende Personal anzuhalten, in möglichst kurzer Zeit so viele Module wie möglich abzurechnen. Diese Privatisierungen waren die größten Fehler der Herren Kohl und Blüm. Wie lange schaut die Gesellschaft hier noch zu?

Derzeit wird eine weitere Schwäche des Systems offenbar: Bedingt durch die hohe Inflationsrate stimmen die ausgehandelten Pflegesätze mit den Krankenkassen nicht mehr. Weder sie noch die Sozialminister sind bereit, diese nachzuverhandeln. Dadurch kommen viele Krankenhäuser und Senioren-„Residenzen“ in Schieflagen, denn die Investoren wollen natürlich weiterhin Geld sehen. Auf der Strecke bleiben die Kranken, die Alten und die Behinderten in solchen Anstalten. Oft unterversorgt, können sie die dennoch rasch ansteigenden Eigenanteile nicht mehr schultern. Müssen sie dann die Sozialämter mit einbeziehen, sind erstens bald die „Notgroschen“ weg und von der Rente bleibt nur noch ein Taschengeld. Es wird höchste Zeit, die Investoren in diesem Bereich zurückzudrängen und die Risiken von Alter, Krankheit und Behinderung beitragsfinanziert auf alle, wirklich alle Schultern zu verteilen. Ohne Beitragsbemessungsgrenzen und unter Einbeziehung wirklich aller Einkünfte.

Im Bereich der ambulanten Assistenz drehen verschiedene Kostenträger, insbesondere der Sozialhilfe, ungeachtet von Notlagen an den Daumenschrauben. Zwei Monate nach einer Bedarfsermittlungskonferenz wurde bei einer Person, die eine fortschreitende Krankheit hat, nach vielen Jahren der anerkannte Bedarf von 16 Stunden täglich auf unter 11 Stunden festgelegt. Dabei ist diese Person eigentlich auf eine 24/7-Assistenz angewiesen. Kein Wort dazu, wie sie das realisieren könnte. Auch bei der Konferenz selbst deutete nichts darauf hin, dass es zu einer solchen Kürzung kommen würde. Dort hätte man das ja diskutieren können. Es kam ja noch nicht zu einem Bescheid. Man kündigte an, dass man beabsichtige, einen solchen Bescheid zu erlassen. Das leider mittlerweile übliche Verfahren, um die Bürgerinnen und Bürger möglichst lange im eigenen Saft schmoren zu lassen.

Dieser Kostenträger misshandelt auf solche Weise zahlreiche Antragstellerinnen und Antragsteller. Man kann davon ausgehen, dass diese Methode dort angewiesen ist. Die Behördenleitung wurde vor wenigen Monaten vom örtlichen Verein der Behindertenselbsthilfe zu einem Gespräch eingeladen. Sie zeigte sich betroffen - geändert hat sich jedoch rein gar nichts. Es wurde eher noch schlimmer. Auch in diesem Beispiel wurden plötzlich Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz moniert. Es wird alles angeführt, was die Antragsteller unter Druck setzen könnte.

ForseA ist initiativ geworden, um den § 18 des Arbeitszeitgesetzes deutlicher zu machen. Aber auch die bisherige Fassung hat bei den Überwachungsbehörden noch

keinerlei Probleme gemacht (siehe Seite 40).

Wie man sieht, war es kein gutes Jahr für Menschen mit behinderungsbedingtem Assistenzbedarf. Und so, wie über die öffentlichen Haushalte gejammert wird, ist davon auszugehen, dass das nächste Jahr nicht besser wird. Die Menschenrechte behinderter Menschen bleiben unter Finanzierungsvorbehalt. Schlimmer noch: Selbst der Gesetzgeber schert sich in bester Tradition nicht darum.

Wir werden uns weiterhin wehren müssen. Das Schlimme ist, dass Rechtswege sehr teuer und langwierig sind. Und Zeit und Geld steht uns einfach zu wenig zur Verfügung. Denn mit keiner oder keiner bedarfsdeckenden Assistenz befinden wir uns sofort in einer sehr schwierigen, nahezu ausweglosen Notlage. Genau das wissen die Kostenträger und nutzen es weidlich aus.

Wir wünschen Ihnen trotz aller Widrigkeiten ein gesundes und friedliches Jahr 2023, frei von Assistenzproblemen!

Der ForseA-Vorstand

Gerhard Bartz,  
Magot Hartinger,  
Monika Martin,  
Ihsan Özdil,  
Susanne Steffgen

*Das ärgerliche am Ärger ist, dass man sich schadet, ohne anderen zu nützen.*

Kurt Tucholsky



Seit nunmehr fast 30 Jahren beschäftige ich mich mit den Problemen behinderter Menschen. Auch politisch. Viele Menschen haben sehr viel Fantasie gezeigt und immer neue Aktionen entwickelt, um die diese Politik und die Öffentlichkeit auf die Benachteiligungen für Menschen mit Behinderungen aufmerksam zu machen. Dabei mussten wir feststellen, dass unsere Bohrer für die dicken Bretter viel zu schwach sind. Natürlich haben wir Erfolge erzielt, kleine zwar, aber immerhin kamen wir damit in die Tagesschau. Dass wir diese selbst durch Nachteile an anderer Stelle bezahlen mussten, wurde natürlich nicht berichtet. So hangeln wir uns ohne nennenswerte Fortschritte durch die Zeiten. Niemand in der Politik kommt auf die Idee, dass es für Menschen mit Behinderungen dieselben Menschenrechte gibt wie für den Rest der Menschheit. Man geht wohl davon aus, dass sich die betroffenen Menschen längst mit den Nachteilen abgefunden haben. Ein Irrtum, der manche von ihnen verzweifeln lässt. Aus diesem Grunde versuche ich es nun mit einer Glosse, vielleicht ist diese ein passendes Transportmittel, um der Gesellschaft unsere Probleme aufzuzeigen.

## Der Unfall am sechsten Tag *Eine Glosse von Gerhard Bartz*

*In einer gekürzten Fassung veröffentlicht im PARAplegiker, der Mitgliederzeitschrift der Fördergemeinschaft der Querschnittgelähmten in Deutschland e.V. (FGQ)*

Irgendwie hatte Gott nicht den besten Tag, als er den Menschen erschuf. Er griff versehentlich zweimal in die Kiste der Charaktereigenschaften und so erhielt jeder Mensch die Möglichkeit, von der Veranlagung eher Wolf oder Schaf zu sein. Das gilt bis zum heutigen Tag und vermutlich bis zum Ende aller Tage.

Die Schafe, obwohl stets weit in der Überzahl, wurden dennoch von den wenigen Wölfen stark dominiert. Schließlich wurde es ihnen zu dumm und sie wählten ein Parlament, in dem sie natürlich ebenfalls die Mehrheit hatten und bildeten sich ein, jetzt Ruhe vor den Wölfen zu haben. Die Wölfe - nicht dumm - verkleideten einige ihrer Zeitgenossen als Schafe und diese mischten sich unter die scheinbar Ihresgleichen. Anders aber als die wirklichen Schafe drängte es sie regelrecht in die Parlamente. Und siehe da, zusammen mit den Scheinschafen erreichten sie nach kurzer Zeit die Mehrheit in den Parlamenten. Die Schafe erkannten zwar, dass ihre eigenen Mitschafe nun



Symbolfoto Schafe © Katja Greye

gegen ihre Interessen abstimmen. Diese, darauf erbost angesprochen, begründeten das mit Sachzwängen, mit dem Verbot, sich zu verschulden. Derweil lebten die Wölfe im Parlament und außerhalb natürlich erst recht in Saus und Braus. Und wenn sie nicht gestorben sind, sieht man die Schafe heute noch mit ratlosen Gesichtern auf der Wiese stehen.

Wer möchte, kann Parallelen zur heutigen Politik ziehen. Als wir 2021 einen neuen Bundestag wählen konnten, atmeten wir auf. Endlich war die SPD nicht mehr auf die Union angewiesen. Zusammen mit

den GRÜNEN wurden 324 Sitze erreicht, 45 Sitze fehlten zur absoluten Mehrheit. Aus dem verbliebenen Spektrum blieben die Union, die Linke und die fdp übrig. Mit der Linken hätte es nicht gereicht, sie taten im Vorfeld alles, damit niemand auf die Idee käme, mit ihnen koalieren zu wollen. Die afD blieb ohnehin außen vor, mit denen wollte man sich nicht mal fotografieren lassen. Die Union wollte man auch nicht, sie hatte ihre Chancen und konnte nicht viel damit anfangen. blieb die Drei-Pünktchen-Partei f.d.p. Diese Partei, oder besser ihr ewig junger Chef, schaffte es, den Wählerinnen und Wählern

Nichts über uns ohne uns!

im Alter von 18 bis 25 zu verklickern, dass sie alle Chancen hätten, in die Oberklasse aufzusteigen. Aber dafür bräuchten sie die f.d.p. Nur die wäre in der Lage, die ganzen Aufstiegshemmnisse zu beseitigen und eine entfesselte Wirtschaft wäre der Garant für den Wohlstand für alle. Gut, dem Jungvolk kann man so was erzählen. Bis die den Denkfehler entdecken, steht das Wahlergebnis bereits fest. Und in vier Jahren gibt es ein neues Jungvolk. So kam also diese Partei zu 92 (!) Sitzen. Und die Union hatte einen Brückenkopf in der Ampelkoalition, sehr zur Freude des Herrn Friedrich Merz, der nun keine Chance auslässt, sich als Kanzler der Reserve im In- und Ausland vorzustellen.

Liegt es darin, dass sich die Wölfe immer nachlässiger tarnen oder die Menschheit gelernt hat, getarnte Wölfe besser zu erkennen: In der Sozialdemokratie werden immer mehr Wölfe verortet. Mandatsträgerinnen und -träger, die längst ihr sozialdemokratisches Mäntelchen missbrauchen, um Unionspolitik zu machen. Gleiches ist auch bei den GRÜNEN zu beobachten. Unions-Abgeordnete haben sich – von wenigen Ausnahmen abgesehen – längst von der sozialen Marktwirtschaft verabschiedet. Als Meister der Tarnung haben sich die Liberalen herausgestellt.

Ihre Liberalität gilt alleine dem Markt, dem sie alles unterordnen. Den älteren Wählerinnen und Wählern geben sie sich nach wie vor als die Partei des Theodor Heuss aus. Den Jungen dagegen als Karrierebeförderer, der die Alten mit ihren Ansprüchen in die Schranken verweist. Die afd, die ursprünglich gegründet wurde, um staatliche Einflüsse auf den Markt zurückzu-

drängen, wechselte in schöner Regelmäßigkeit ihr Mäntelchen, um sich an die jeweiligen Protestströmungen anzupassen. Dabei schimmert jedoch immer das hässliche Gesicht des „Flügels“ durch. So viel Kreide gibt es nicht, dass man Höcke & Co. nicht immer wieder erkennt. Am ehrlichsten erscheinen mir die LINKEN, die dreißig Jahren nach der Wiedervereinigung immer noch auf der Suche nach einem passenden Mantel sind.

Mir drängt sich stets bei der Betrachtung der Sozialdemokratie – sowohl in der früheren Großen Koalition als auch jetzt in der Ampel – der Gedanke auf, dass man dort heilfroh ist, einen bremsenden Partner zu haben. So hat man stets einen Sündenbock und kann seine eigene Tarnung weiter pflegen. Wie sonst ließe sich erklären, wie es gelang, das Bundesteilhabegesetz, das gegen die Verfassung und gegen die Behindertenrechtskonvention verstößt, durch die Gesetzgebung zu bringen?

Noch deutlicher wird es beim Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz IPReG. Hier machte man sich keine Mühe mehr, hier können Menschen mit hohem Assistenzbedarf aus ihrer Wohnung gerissen und in Einrichtungen zwangseingewiesen werden. Vorgeblich, weil man sich Sorgen um die Qualität der pflegerischen Versorgung macht. Tatsächliche Gründe dürften sein, dass man diese teuren Versorgungsmodelle zerschlagen will. Zuvor wurde bekannt, dass osteuropäische Mafiastrukturen dieses System missbraucht und viele Millionen Euro abgezockt hatten, ehe das System enttarnt wurde. Und dann schüttete man das Kind mit dem Bade aus. Halbe Sachen machen die Deut-

schen nicht. Ein aktuelles Beispiel aus der Strategie-Küche der Sozialdemokraten konnte man beim Bürgergeld beobachten. Hier durfte die fdp zunächst bei der Stange bleiben. Erst kurz vor der Bundesratssitzung wechselte sie die Front und lief zur Union über. Derweil bog dann auch die SPD „gezwungen“ trotz linken Blinkers scharf rechts ab. Friedrich Merz konnte sein Glück nicht fassen. Er freute sich darüber, dass die SPD weiter entgegenkam, als es ursprünglich gedacht wurde. Und die Sozialdemokraten konnten sich dank zweier Sündenböcke auf bewährte Weise exkulpieren.

Dass dieses System auch in der Behindertenszene funktioniert, wird am Beispiel der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung offenkundig. Fachleute in der Beratung werden gebunden, dürfen jedoch keine Rechtsberatung machen. Die Vereine, die sich dem System anschlossen, erhalten viel Geld, zahlen den Beraterinnen und Beratern Gehalt, geraten allzu leicht in Abhängigkeiten. Diese schaffen wiederum Wohlverhalten. Es lag sicherlich nicht nur an Corona, dass die Regierungen seither an der behindertenpolitischen Front Ruhe haben. Daneben wurden noch einige „freie“ Akteure in politische Strukturen eingebunden. Sie dürfen in Ministerien ein- und ausgehen, sahen sich schon am Tisch der Mächtigen.

Einer von vielen Irrtümern, wie man tagtäglich erkennen kann.

Gerhard Bartz  
Im September 2022

